№ 196. Dienstag, den 22. August 1899. 26. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Bezugspreis für Thorn bei Abholung in der Geschäftsstelle, Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Anzeigengebühr
die 6gesp. Kleinzeile oder deren Raum 10 Pf., an bevorzugt. Stelle (unter dem Strich) die Zeile 30 Pf. **Anzeigen-Annahme:** in der Geschäftsstelle, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer **bis 2 Uhr Nachm.**
Auswärts: Sämmtl. Zeitungen u. Anzeigen-Annahme-Geschäfte.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, I Treppe.
Sprechzeit: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 46.
Anzeigen-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden.
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Die Kanalvorlage

ist am Sonnabend in allen ihren Theilen abgelehnt worden. Die offiziöse Warnungs-Note in der „Nordd. Allg. Ztg." ist auf die Konservativen ohne jede Wirkung geblieben, ebenso wie die noch in letzter Stunde vom Minister des Innern versuchte Einwirkung auf die Landräthe, die anscheinend nur die Mandatsniederlegung des Landraths des Kreises Wolmirstedt, v. Hasselbach, zur Folge hatte. Allzuschwer hat die Regierung den Konservativen das Verharren in ihrer Ablehnung allerdings nicht gemacht. Daß der Mittellandkanal auch in dritter Lesung abgelehnt werden würde, stand am Sonnabend von vornherein fest. Es konnte sich daher nur darum handeln, ob es der Regierung gelingen würde, die Strecke Dortmund-Rhein zu retten. Nachdem der Herr Finanzminister aber erklärte, daß die Regierung zwar an der Durchführung des Mittellandkanals unbedingt festhalte, jedoch nicht abgeneigt sei, erneut in eine Prüfung darüber einzutreten, ob der isolirte Bau der Strecke Dortmund-Rhein technisch durchführbar sei, war für die etwa noch schwankenden Gestalten innerhalb der konservativen Partei jedes Bedenken, gegen die Vorlage zu stimmen, geschwunden. Die Majorität des Abgeordnetenhauses, zusammengesetzt aus den konservativen Kanalgegnern, den beiden freisinnigen Parteien und dem größten Theile der Nationalliberalen, hat nur folgerichtig gehandelt, wenn sie die ganze Vorlage ablehnte, nachdem die Regierung zu erkennen gegeben hatte, daß sie die Ablehnung des wesentlichsten Theiles der Vorlage nicht tragisch nehme. Für die Ablehnung der freisinnigen Parteien — die freisinnige Volkspartei hatte sich vorher schon aus sachlichen Gründen gegen den Torso Dortmund-Rhein erklärt — war bestimmend die auf eine Provokation des Abg. Rickert erfolgte gewundene Erklärung des Finanzministers, die die geforderte Garantie dafür, daß die Regierung die Theilstrecke nicht eher zu bauen beginnen würde, als bis der Landtag die Mittel für den ganzen Kanal bewilligt habe, nicht in genügender Deutlichkeit enthielt. Diese Niederlage hat die Regierung ausschließlich der terroristischen Agitation des Bundes der Landwirthe zu verdanken, der die konservativen Parteien in die unbedingte Abhängigkeit vom Bunde gezwungen hat. Die Opposition preußischer Edelleute gegen ihren Monarchen ist heute kein Unding mehr, sondern Thatsache. Daß diese leidenschaftliche Bekämpfung einer von der Regierung als hochwichtig bezeichneten und von dem Monarchen mit allem Nachdruck geforderten Vorlage durch die geborenen Stützen von Thron und Altar auf die ganze politische Lage eine tief einschneidende Wirkung ausüben wird, haben der Finanzminister und der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe in nicht mißzuverstehender Weise dargethan. Fürst Hohenlohe kündigte an, daß dieses Verhalten auf das bisherige Verhältniß der Konservativen zur Regierung weitere Folgen haben werde und nur unheilvoll auf das Zusammengehen der staatserhaltenden Elemente des Landes, namentlich auf das Zusammengehen auf dem Gebiete der Handelspolitik wirken könne. Es wird abzuwarten sein, nach welcher Richtung die Regierung eine Aenderung ihrer Handelspolitik in Aussicht nehmen wird. Sollte sie aus dem Verhalten der Konservativen und Agrarier der Kanalvorlage gegenüber die Erkenntniß gewinnen, daß sie bisher den agrarischen Forderungen in Bezug auf die neuen Handelsverträge größeres Entgegenkommen gezeigt hat, als mit dem Interesse der Konsumenten und großer anderer Erwerbsstände vereinbar ist, so haben die liberalen Parteien keine Ursache, die Niederlage vom Sonnabend allzusehr zu bedauern.

* * *

Die „Nordd. Allg. Ztg." quittirt über die Ablehnung der Kanalvorlage wie folgt: „Den Erklärungen des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten Fürsten zu Hohenlohe und des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Finanzministers Dr. v. Miquel gemäß ist es selbstverständlich, daß die Regierung die Angelegenheit damit nicht für erledigt erachtet. Sie hält unbedingt und unentwegt an dem wohlerwogenen und als nothwendig erkannten Kanalplane in seiner ganzen Ausdehnung fest, und sie wird zu seiner Durchführung diejenigen Mittel anwenden, welche ihr zu Gebote stehen und ihr der Sachlage angemessen erscheinen." Die „Post" schreibt: Die Signatur der inneren politischen Lage wird gekennzeichnet durch die Thatsache, daß, trotzdem die Kanalvorlage in allen ihren Theilen mit überwältigender Majorität abgelehnt ist, der Streit um dieselbe in unveränderter, vielleicht selbst vermehrter Stärke fortgeht. Denn nach den Ankündigungen des Herrn Ministerpräsidenten wird die Regierung mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln bestrebt sein, die Annahme der jetzt mit so großer Mehrheit abgelehnten Vorlage, bei der demnächstigen Wiedervorlegung durchzusetzen. Darüber, welche Mittel die Regierung zu diesem Zwecke anzuwenden gewillt ist, läßt sich mit Sicherheit noch nicht urtheilen. Das, was in dieser Hinsicht bisher als beabsichtigt gemeldet wird, kann im Interesse einer gedeihlichen Entwickelung unserer inneren Politik, sowie im Interesse des Ansehens der Regierung nur lebhaft bedauert werden. Ebenso zweifelhaft erscheint es, ob es in der Absicht liegt, das Abgeordnetenhaus aufzulösen oder den Landtag bei seiner nächsten ordentlichen Tagung wieder mit der Kanalfrage zu befassen. Die „Post" bemerkt, wir werden uns wohl auf eine Veränderung der Richtung unserer Politik gefaßt machen müssen, und es scheint selbst nach den Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers, daß diese Aenderung sich auf das wirthschaftliche Gebiet erstrecken wird. — Die „Nationalztg." schreibt unter der Spitzmarke „Die Entscheidung": Die preußische Regierung hat die schwerste Niederlage erlitten, welche seit der Ablehnung der Reorganisation des Heeres anfangs der 60er Jahre, einem Ministerium im Abgeordnetenhause bereitet worden. Im Reiche hat selbst Fürst Bismarck manche schwere Niederlage erlitten; in Preußen ist, wir wiederholen es, eine solche von der Bedeutung der gestrigen seit einem Menschenalter nicht da gewesen. — Die „Kreuzztg." schreibt: Gewiß, die Regierung ist von gewissen Fehlern nicht frei zu sprechen, denn hätte sie die nöthige Fühlung mit den Parteien vorhergenommen und sich nicht allein auf eine geschickte Taktik verlassen, so würde vermuthlich das Einbringen einer so bedenklichen Vorlage unterblieben und damit die ganze, von der Linken genährte Erregung erspart worden sein. Allein in der Vertheidigung des Kanals konnte von Seiten der Minister wahrlich nicht mehr geschehen als geschehen ist. Wenden wir uns nun, so bemerkt die „Kreuzztg." zur dritten Lesung, so müssen wir zunächst unserm tiefen Bedauern Ausdruck geben über die Art, wie der Ministerpräsident in die Besprechung eingegriffen hat. Was Fürst Hohenlohe sagte, war nichts anderes als die Drohung, daß die konservative Partei, wenn sie sich jetzt nicht gefügig zeige, auch nicht auf die ihr erwünschte Berücksichtigung der Landwirthschaft bei dem Abschluß neuer Handelsverträge werde rechnen können. — Die „Vossische Ztg." schreibt: Daß es mit der Ablehnung der Kanalvorlage nicht gethan ist, daß damit der Streit nicht sein Ende erreicht hat, liegt auf der Hand. Traurig genug war das Schauspiel, das gestern der Ministertisch nach der Ablehnung des Entwurfes bot. Es war keine Auflösung vorbereitet, wenigstens nicht dergestalt, daß sie wie der Donner auf den Blitz folgte, daß sie dennoch kommt, ist allerdings wahrscheinlich. Es kann sein, daß man unter allen Umständen zunächst die Ausführungsgesetze zum bürgerlichen Gesetzbuch, die am Mittwoch im Herrenhause berathen werden, unter Dach und Fach bringen will. Dann kann der Wahlkampf beginnen, aber jedermann findet nur begreiflich, wenn dieser Wahlkampf von einem anderen Ministerium geleitet werde, als dem der Niederlage vom Donnerstag und Sonnabend. — Die „Berl. Neuesten Nachr." schreiben: Das eine Gute hat jedenfalls der heutige Tag gebracht: es ist Klarheit geschaffen, es werden vorerst nicht weitere Bekehrungsversuche gemacht an Leuten, die sich absolut nicht bekehren lassen wollen; es ist dem Erweitern unmoralischer politischer Geschäftsmacherei, wie sie das Zentrum zwischen Kanal- und Wahlrechtsreform treiben wollte, ebenso ein Ziel gesetzt, wie den ins Ungemessene gewachsenen Kompensationsforderungen. Und wenn Krone und Regierung zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß die konservative Opposition nicht mehr auf rein sachlicher Grundlage sich bewegte, daß man die rein wirthschaftliche Angelegenheit schließlich zu einer politischen Machtfrage stempelte, so liegen für eine solche Auffassung gute Gründe vor. — In der „Deutschen Tageszeitung" liest man: So ist denn nach langem und theilweise gehässigem Kampfe die Entscheidung über eine Frage gefallen, die für die wirthschaftliche Entwicklung des Reiches von großer Tragweite war. Es handelt sich bekanntlich um die Bewilligung von mehreren 100 Millionen Mark für eine Sache, die nach der Ueberzeugung der großen Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhause nur einem verhältnißmäßig sehr kleinen Interessenkreise zugute gekommen wäre und zu deren Gunsten weite Kreise, besonders der Industrie im Osten der Monarchie schwer geschädigt sein würden. Der Artikel schließt: Der Kampf hat geendet, wie wir es erwarteten, was weiter geschehen wird, warten wir ruhig ab. — Der „Vorwärts" schreibt: Die Entscheidung der Frage, was die Regierung thun wird, hängt von der Einsicht ab, was sie thun kann. Mit einer Auflösung des Abgeordnetenhauses würde sie in der That für die Sache des Mittellandkanals wenig oder nichts bessern. Die Ablehnung erfolgte mit so großer Majorität, daß auch ein im Sinne der Regierung günstiger Erfolg nicht derartige Verschiebungen herbeiführen würde, wie sie zur Erzielung einer kanalfreundlichen Mehrheit nöthig wäre. — Die „Freis. Ztg." schreibt: Herr v. Miquel versuchte in gewohnter Art, mit unbestimmten Erklärungen und diplomatischen Redewendungen auszuweichen, die theils unwillige Aeußerungen, theils Heiterkeit hervorriefen. Man hat eben im Laufe der Zeit den Minister auf allen Seiten vollständig durchschaut und niemand traut ihm mehr. Sein Einfluß ist völlig dahin, auf der rechten sowohl als auf der linken Seite; die Niederlage der Regierung ist daher in erster Reihe eine persönliche Niederlage des Herrn von Miquel. Die Fachminister haben sich redlich angestrengt, aber es fehlte die imponirende, konsequente politische Führung der Regierung. Die Niederlage der Regierung ist um so größer, je stolzer die Worte waren, welche in der letzten Phase ihr Auftreten begleiteten, aber es waren eben nur Worte, ohne zu kennzeichnen, wie die Kanalvorlage im Falle der gänzlichen Ablehnung weiter behandelt werden sollte.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung vom 19. August.

Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Am Ministertische: Ministerpräsident Fürst Hohenlohe, die Minister v. Miquel, Thielen, Brefeld und Freiherr von Hammerstein.

Tagesordnung: Dritte Lesung der Kanalvorlage.

Es liegen verschiedene Anträge vor.

Das Zentrum beantragt, nur den Dortmund-Rheinkanal und die Verbindung von Dortmund bis Bevergern zu bewilligen.

Die Nationalliberalen beantragen Wiederherstellung der ganzen Regierungsvorlage, einschl. des als § 7 eingefügten schlesischen Kompensationsantrages.

Außerdem liegt ein Antrag der Abgg. Sümmermann (fraktionslos), Weihe und Rudorf (kons.) vor auf Bewilligung eines Kanals vom Rhein in der Gegend von Wesel bis zum Dortmund-Ems-Kanal in der Gegend von Olfen (also Dortmund-Rhein) unter Benutzung der Lippe.

Ein Eventualantrag derselben Abgeordneten will die Provinz Westfalen zur Kanalisirung der Lippe ermächtigen.

Endlich will ein freikonservativer Antrag (Resolution) Arendt im Falle der Ablehnung der Dortmund-Rheinstrecke die Regierung um eine Vorlage betr. Kanalisirung der Lippe ersuchen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Schreiben des Abg. v. Hasselbach (kons.) verlesen, wonach derselbe sein Mandat niederlegt. (Heiterkeit.)

Weiter wird mitgetheilt, daß der Antrag Sümmermann zurückgezogen ist.

Abg. v. Wangenheim (kons.) nimmt zunächst den Bund der Landwirthe gegen die neulichen Angriffe des Abg. Barth in Schutz. Der Bund der Landwirthe habe die Aufgabe, die Interessen aller produktiven Stände wahrzunehmen. (Gelächter links). Das Vertrauen sei leider in weiten Kreisen des Landes geschwunden; aber gerade die konservative Partei habe, auch im Zusammenhange mit ihrer Stellung zu der Kanalvorlage, einen Boden im Volke erlangt, wie sie ihn nie gehabt habe. (Beifall rechts, Gelächter links.) Die Sorge um die guten Beziehungen zwischen Regierung und Konservativen, die auf der Linken des Hauses laut geworden, sei wirklich rührend. Die politische Moral würde gründlich ruinirt werden, wenn die Regierung jetzt nach links schwenke. (Lebhafter Beifall rechts.) Seine, Redners, Freunde hätten diese Sache dauernd sachlich behandelt, es könne ihnen aber Niemand zumuthen, gegen ihre Ueberzeugung zu stimmen. (Lebhafte Bravos rechts, Zischen links.)

Abg. Hobrecht (ntl.) befürwortet nochmals die Annahme des Mittellandkanals. Er diene dem Gemeinwohl des ganzen Landes, auch dem Osten. Die Nationalliberalen stimmten für Punkt 1, 2 und 3 des § 1. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (frk.) erklärt, der größte Theil seiner Freunde sei Gegner des Kanals. Sie hielten die Eisenbahnbauten für bedeutend vortheilhafter und würden solchen stets zustimmen. Man spreche hier von Kulturfortschritt, aber wenn er dies Wort höre, werde er schon bedenklich. Habe man doch selbst die Aufhebung des Eisenzolles und sogar die Handelsverträge als großen Kulturfortschritt bezeichnet. (Heiterkeit links, Rufe rechts: Sehr richtig!) Nein, er sehe darin nichts als einen großen Beutezug des Großkapitals. (Gelächter.) Läge die Kultur in den Kanälen, dann müßte China das größte Kulturvolk sei, denn es baue seit 3000 Jahren nur Kanäle. (Stürmische Heiterkeit.) Er, Redner, werde den Kanal ablehnen.

Minister v. Miquel erklärt, die Staatsregierung halte selbstverständlich an der Annahme des Gesammtkanals unbedingt fest. Ob ein Theilstück technisch durchführbar, könne er, der Minister, heute nicht sagen. Aber die Staatsregierung würde selbstverständlich, wenn beide Häuser nur das Theilstück beschließen sollten, die Frage der Durchführbarkeit nochmals sorgfältig prüfen (lebh. allg. Heiterkeit.) Im Uebrigen würde die Regierung es auch begrüßen, wenn wenigstens ein Theil angenommen würde, weil dann eine Brücke zum anderen Hause geschlagen sei. Mit Bedauern müsse er sagen, daß die konservative Partei ihre Haltung eingenommen habe ganz ohne Berücksichtigung der allgemeinen Interessen und der ganzen politischen Lage des Landes. Nach beiden Richtungen hin sei diese Haltung der Konservativen überaus unheilvoll. (Bewegung.)

Abg. Richter (frs. Vp.) führt aus, seine Freunde seien nicht in der Lage, den Dortmund-Rhein-Kanal allein zu bewilligen. Sie würden nur die ganze Vorlage, also den nationalliberalen Antrag, annehmen. Wir wollen, so fährt Redner fort, ganze Arbeit machen, wir wollen das Eisen in Feuer behalten. Wir wollen keinen Torso. Wenn der Mittellandkanal jetzt nicht bewilligt wird, dann wird er es nie. Redner verurtheilt sodann die Kompensationspolitik und bemerkt, Herr v. Kardorff sträube sich gegen Neuerungen; das sei der wirkliche chinesische Standpunkt (stürm. Heiterkeit.) Ohne Zweifel würde der Mittellandkanal von hoher Bedeutung für die Landwirthschaft sein. Für den Osten würde er ein hochwichtiger Zufuhrweg und zugleich ein Ausfuhrweg nach dem Westen sein. Herr v. Miquel wolle, daß wenigstens etwas ins Herrenhaus komme. Ja, wenn die Regierung hier erkläre, unter keinen Umständen etwas, was sich auf den Dortmund-Rhein-Kanal beschränke, als Gesetzentwurf zu publiziren, dann könne man ja hier den Dortmund-Rhein-Kanal beschließen. Aber gerade die Frage sei umgangen worden, wie überhaupt alle Fragen umgangen würden, auf die es ankommt. (Rufe: Sehr richtig.) Was fürchte denn die Regierung, wenn sie nicht auflösen wolle? Mehr als abgelehnt könne doch der Kanal auch später nicht werden. Fürchte die Regierung etwa das Zentrum nun, dann könne sie ja eine Stütze an den Nationalliberalen haben. Oder fürchte sie die Nationalliberalen, nun, dann könne sie ja Unterstützung beim Zentrum finden. Freilich, daß sie die Nationalliberalen fürchten sollte, glaube er nicht. (Stürm. Heiterkeit.) Redner schließt: Wir werden auf jeden Fall einzig die ganze Vorlage genehmigen, entsprechend dem nationalliberalen Antrage, dagegen alle anderen Anträge ablehnen. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Fritzen-Borken (Zentr.) empfiehlt Annahme des Zentrumsantrages. Des Weiteren erklärt er, daß seine Freunde eine Auflösung des Landtages für ein nationales Unglück hielten, weil dann ein wüster Interessenkampf beginnen würde. Für das Zentrum handle es sich darum, dafür einzutreten, daß heute wenigstens der Dortmund-Rhein-Kanal bewilligt werde.

Abg. Rickert (frs. Vg.) erklärt Namens seiner Freunde, daß sie dem nationalliberalen Antrage zustimmen werden. Ein Theil seiner Freunde sei bereit, auch für den Zentrumsantrag zu stimmen, aber immer nur in der Voraussetzung, daß dies nur ein Theil der ganzen, später zu wiederholenden Kanalforderung sein soll. Um nach dieser Richtung über die Absichten der Regierung Klarheit zu erhalten, bittet Redner, daß die Regierung klar und bestimmt Stellung nehme.

Abg. Graf Limburg (kons.) bedauert, daß die klaren Darlegungen des Abg. Fritzen nicht früher gemacht wurden, sie würden schneller zu einer Klärung der Ansichten geführt haben. Allerdings könne er, Redner, und seine Freunde auch für den Zentrumsantrag nicht stimmen, denn jeder Kanalbau würde die Resultate erschüttern, die mit der Eisenbahnpolitik erreicht worden seien. Obwohl seine Freunde der Meinung seien, daß der Kanal der Landwirthschaft nicht nütze, sondern schade, so sei das doch nicht der ausschlaggebende Ablehnungsgrund für die Konservativen, vielmehr fürchteten sie, daß mit dem Kanal ein Zankapfel unter die Interessenten geschleudert werde, der die Politik der Sammlung stören müsse.

Ministerpräsident Fürst Hohenlohe bittet das Haus, sich keinen Illusionen darüber hinzugeben, als ob mit einer Ablehnung des Mittellandkanals die Frage erledigt sei. Diese Frage werde damit nicht von der Tagesordnung verschwinden, sie werde wieder kommen, und die Regierung werde Alles anwenden, um ihn zur Annahme zu bringen. Auch den Hinweis darauf könne er nicht unterlassen, daß das Verhalten der Konservativen in dieser Frage sehr folgenschwer sei für ihr ferneres Verhältniß zur Regierung, und daß im Falle einer Ablehnung der Vorlage diese Wirkung eine unheilvolle sein würde in Bezug auf das Verhältniß der Konservativen zur Regierung. (Bewegung. Unruhe rechts.)

Finanzminister v. Miquel erwidert auf die Anfrage des Abg. Rickert, daß die Regierung auf der Bewilligung des Mittellandkanals auch dann bestehen werde, wenn heute nur der Dortmund-Rhein-Kanal bewilligt werde. Sie werde daher die Ausführung der Linie Dortmund-Rhein auch dann nicht sofort in Angriff nehmen, wenn diese heute bewilligt werde; sie werde vielmehr diese Arbeiten so lange verschieben, bis über die ganze Linie endgiltig entschieden sein werde.

Die Generaldebatte wird geschlossen.

Es folgt eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Rintelen (Ztr.) wird ein Schlußantrag angenommen.

Es wird zunächst abgestimmt über § 1 des Antrages Bachmann (nl.), der die Wiederherstellung der Regierungsvorlage bezweckt. Dieser § 1 wird mit 235 gegen 147 Stimmen abgelehnt, 32 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Nunmehr wird über den § 1 des Zentrums-Antrages (Dortmund-Rhein-Kanal 2c.) abgestimmt und derselbe mit 275 gegen 134 Stimmen abgelehnt.

Ohne weitere Debatte wird der Rest der Vorlage gleichfalls abgelehnt.

Zum Schlusse werden die Resolutionen abgelehnt, welche die Kommission vorgeschlagen hatte.

Vom Abg. Dr. Arendt (frk.) ist eine Resolution eingebracht, die Regierung zu ersuchen, eine Vorlage über die Verbindung des Dortmund-Ems-Kanals mit dem Rhein durch Kanalisirung der Lippe oder durch eine andere leistungsfähige Wasserstraße zu machen.

Unter großer Unruhe des Hauses sucht der Antragsteller seine Resolution zu begründen.

Das Haus lehnt die Resolution ab.

Die die Kanalvorlage betr. Staatsverträge mit Bremen, Braunschweig und Lippe werden von der Tagesordnung abgesetzt.

Montag 11 Uhr: Polizei-Verwaltung in den Vororten Berlins. Kleinere Vorlagen. Petitionen.

Deutsches Reich.

Der Kaiser ist am Freitag Nachmittag nach der Enthüllung des Denkmals von St. Privat an der Spitze der Leibkompagnie des ersten Garderegiments z. F. in Metz eingetroffen. Am Abend gab der Kaiser im Allgemeinen Militärkasino dem 1. Garde-Regiment ein Galadiner, an welchem die aktiven und die ehemaligen Offiziere des Regiments und die Generalität der Garnison theilnahmen. Abends fand im Garten des Kasinos eine Vereinigung aller Theilnehmer und Ehrengäste und der Offiziere der Garnison statt. Der Kaiser übernachtete im Bezirkspräsidium und fuhr Sonnabend Vormittag nach Diedenhofen ab. — In Diedenhofen versprach der Kaiser auf das Gesuch, den Festungsrayon zu erweitern, dem Bürgermeister, diese Frage zu prüfen. Der Kaiser nahm einen Ehrentrunk an und reichte darauf dem Statthalter den Becher. Vormittag 11 Uhr fuhr der Kaiser nach Cronberg zu seiner Mutter.

Die Nachricht von einer Dreikaiserzusammenkunft in Skiernewieze wird vom Wiener Auswärtigen Amt offiziell für ganz unbegründet erklärt.

Ueber die Rede des deutschen Kaisers bei der Enthüllung des Kriegerdenkmals im St. Privat schreibt Cornély im „Figaro“: Der Kaiser sagte mit dem herrlichen Gedankenschwung, der ihm eigen ist: wenn unsere Fahnen sich über den Gräbern neigen werden, dann werden sie auch die Gräber unserer Gegner grüßen. Also weniger als 30 Jahre nach dem erbitterten Kampf grüßen und bewundern sich Sieger und Besiegte. Welche Lehre können die Franzosen, die Söhne desselben Vaterlandes, die sich jetzt hartnäckig befehden, aus diesen Worten ziehen.

Das Herrenhaus ist für den nächsten Mittwoch, Mittags 12 Uhr, zusammenberufen. Auf der Tagesordnung stehen die Berichte über die Ausführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuche 2c. Die Herrenhauskommission hat den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche, den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche, sowie den Entwurf eines Gesetzes, enthaltend die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher gegenüber den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses abgeändert.

Abg. Paasche wird, wie die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt, demnächst mit Unterstützung der Reichsregierung und des Vereins für Zuckerindustrie eine längere Studienreise nach Nordamerika und Westindien antreten, um die Entwickelung und die Aussichten der dortigen Zuckerindustrie zu studiren.

Die „Köln. Ztg.“ erhält ein Telegramm aus Apia, wonach zehn Tage nach der Abfahrt der Kommission die Regierung des Konsularhofes mit Dr. Solf als Berather eingesetzt worden sei. Aeußerlich ist alles ruhig, allein es zeigt sich eine bedenkliche Unterströmung indem die Häuptlinge, die zu Mataafa stehen, mehrmals von den Anhängern Tanu's angegriffen und beleidigt wurden. Tanu und Tamasese, der ehemalige Vizekönig, haben ihre Regierung noch immer in Apia, trotz des Befehles der Kommission, sie aufzulösen. Die Konsuln versprechen vor acht Tagen Abhilfe, indessen ist bis jetzt noch nichts geschehen.

Prozeß Dreyfus.

Gleich nach Beginn der Verhandlung des Kriegsgerichts am Sonnabend um ½7 wurde der Kommandant Cuignet als Zeuge aufgerufen. Derselbe war seiner Zeit mit der Durchsicht des geheimen Dossiers beauftragt worden, und er war es, der die Fälschung Henrys entdeckte. Vor dem Kassationshofe war er neben dem General Roget der leidenschaftlichste Ankläger des Dreyfus; er beschuldigte aber auch du Paty de Clam der Fälschung. Zeuge erklärt, daß er einen neuen Beweis für die indiskrete Art beibringen könne, in welchem Dreyfus sich Mittheilungen zu verschaffen gesucht habe. Er habe sich mit den Minen die Eisenbahnen entlang zu beschäftigen gehabt, welche im Kriegsfall die Strecken zerstören sollten. Diese Minen müßten streng geheim gehalten werden. Dreyfus sei mit einer ähnlichen Arbeit betraut gewesen, mit dem Studium der Minen des Ostbahnnetzes und habe nur Kenntniß über diesen Rayon besessen. Eines Tages habe er gebeten, Mittheilungen über den Zentraldienst zu erhalten. Cuignet habe solche verweigert, trotzdem sei es Dreyfus gelungen, sich die betreffenden Noten zu verschaffen. Bei einer späteren, bei Dreyfus vorgenommenen Haussuchung seien diese Noten nicht gefunden worden. Er frage nun: Wo sind diese Noten? Er, Zeuge, halte Dreyfus für unbedingt schuldig und stütze diese seine Ueberzeugung auf drei Erwägungen: erstens das Geständniß (?) Dreyfus, zweitens die technische Prüfung des Bordereaus und drittens das geheime Dossier. Im Kriegsministerium existire ein Dossier, das das Kriegsgericht sich vorlegen lassen dürfte. Dasselbe enthalte Einzelheiten über die Intriguen zwischen Persönlichkeiten, die heute noch eine hervorragende Stellung im Staate bekleiden, und Repräsentanten einer fremden Macht. Dieses Dossier habe noch kein Richter gesehen. Näheres darüber wolle er nicht sagen, weil er kein Recht dazu habe, der Gerichtshof könne sich aber diese Geheimpapiere einfordern. Zeuge erklärt weiter, Dreyfus sei nicht der einzige Spion gewesen; es habe noch andere gegeben. Der Agent A. sei speziell mit Spionage beauftragt gewesen. Dieser Agent, der seinen Haß gegen Frankreich laut äußerte, vertheidige heute Dreyfus und wolle ihm Esterhazy unterschieben. Als Zeuge Cuignet weiter sagt, es sei dargethan, daß Dreyfus Verrath geübt, stößt Dreyfus einen Ruf aus, der jedoch nicht verstanden wird. Nochmals auf den Agenten A. (Schwartzkoppen) zurückkommend, bemerkt Cuignet, demselben sei einmal gestattet worden, einer Reiterübung beizuwohnen, zu der kein anderer Ausländer zugelassen worden sei. Dieser Herr habe nach Hause geschrieben, wie kindlich die französischen Offiziere sich von ihm die Würmer aus der Nase ziehen ließen und machte sich über sie und ihre Einfalt lustig. Mit Donnerstimme ruft Cuignet: „Wir werden niemals zugeben, daß ausländische Offiziere solcher Gattung vor der französischen Rechtspflege gegen französische Offiziere aussagen!“ In der Panizzardi-Depesche sieht Zeuge den Beweis der Beziehungen Dreyfus' zur italienischen Regierung. Auch der Bericht des österreichischen Obersten Schneider bezeuge ausdrücklich die Schuld des Angeklagten. Oberst Schneider habe allerdings diesen Bericht in einer aus Ems datirten Depesche für eine Fälschung erklärt; aber man wisse ja, welchen Werth Drahtungen aus Ems haben. Der Bericht sei vom General Chamoin als unanfechtbar echt bezeichnet worden. Die Ableugnung Schneiders richte sich also gegen die französische Regierung. Zahlreiche Briefe von Schneiders Hand seien vorhanden, mit denen man die Echtheit des Schneiderschen Berichts beweisen könne. Auch authentische Zeugnisse über einen Toast seien vorhanden, den der Autor des Rapports bei dem Abschiedsessen zu Ehren des Agenten A. gehalten hat. Am Schlusse dieses Toastes habe es geheißen: „Lange noch wird man in allen Armeen der Welt von ihm sprechen und wird sagen, er war ein Kerl!“ (Der Toast wurde gehalten vor der Abreise Schwartzkoppens aus Paris.) Hierauf fragt einer der Richter den Zeugen, ob er Einzelheiten über die Fabrikation der Fälschung Henry's geben könne. Cuignet giebt einige schon bekannte Details. Regierungskommissar Carriere erhebt sich und sagt mit brummiger Stimme: „Ein Zeuge hat hier über einen Bericht eines in Frankreich beglaubigten ausländischen Offiziers eine Erklärung abgegeben. Im Namen der Regierung mache ich über diese Erklärung meine Vorbehalte.“ Auf Verlangen des Advokaten Demange verliest Greffier einen Theil der von Cuignet vor dem Kassationshof abgegebenen Aussagen, die sich mit den heutigen in verschiedenen Punkten im Widerspruch befinden. Auf die Frage Demanges, ob der Rapport eines Militärattachees (Brief des Obersten Schneider) so gelautet habe, wie Mercier ihn vorgelesen, oder ob noch etwas in demselben gestanden habe, antwortet Cuignet: „Jawohl, es stand noch etwas anderes darin. Es war von der Revisionskampagne zu Gunsten Dreyfus' die Rede, sowie von einem Besuche bei dem Agenten A.“ Demange stellt verschiedene Fragen über die Fälschung Henrys und das Dokument „Canaille D.“ Cuignet geräth in die Enge, er bemerkt, das Dokument sei ihm verdächtig erschienen. Dreyfus ruft laut: „Es ist schändlich, daß man 2 Stunden lang hier gegen einen Unschuldigen sprechen darf. Die von Cuignet gegen mich vorgebrachten Dinge entsprechen einem sonderbaren Geisteszustand!“

Hierauf verkündet Regierungskommissar Carriere, daß du Paty de Clam krank sei und nicht kommen könne. Wenn sein Befinden sich nicht bessere, müsse man seine Aussagen vorlesen. Demange verwahrt sich dagegen.

General Boisdeffre, der nächste Zeuge, giebt die stereotype Vorgeschichte des Dreyfusfalles wieder. Bezüglich des Geständnisses Dreyfus kann Zeuge sich nicht erinnern, daß Picquart ihm die Mittheilung über das Geständniß Dreyfus' überbracht habe. Er sei aber überzeugt, daß er damals das Geständniß als existirend betrachtete. Betreffs Picquart erklärt Zeuge, er habe zuerst gezögert, denselben in den Generalstab zu nehmen. Auf die Empfehlung Gallifets hin habe er ihn aber doch angestellt. Bestreiten müsse er, daß er ihm einen Brief an den Oberst Maurel im Jahre 1894 gegeben habe. Zeuge verbreitet sich nun über den Fall Esterhazy, kommt aber später wieder auf Picquart zurück. Im Interesse des Dienstes habe er schließlich den Kriegsminister ersucht, Picquart aus dem Generalstabe zu entfernen, und damit die Sache nicht auffällig würde, habe er den Vorschlag gemacht, Picquart nach Tonkin zu senden. Vertheidiger Demange fragt den Zeugen, ob er etwas von den angeblichen Beziehungen Picquarts zur Familie Dreyfus wisse. Boisdeffre entgegnet, er habe den Eindruck, daß solche existirten, genau wisse er es nicht. Gefragt, wie die Szene im Elysee am 6. Januar sich abgespielt habe, sagt Zeuge, um Mitternacht habe ihm General Mercier gesagt: „Sie können ruhig schlafen, es ist noch nichts für heute.“ Demange: „Hat nach der Verurtheilung des Dreyfus das Verschwinden der Schriftstücke aufgehört?“ Zeuge: „Ungefähr. Im Jahre 1895 sind wiederum Schriftstücke der Artillerie verschwunden.“ Dreyfus wird gefragt, ob er etwas zu sagen habe. Er antwortet mit: „Nein!“ Es tritt eine kurze Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung wird General Gonse verhört. Derselbe sagt aus, Esterhazy habe niemals Geld für Nachrichten erhalten. Für unmöglich halte er es, daß Esterhazy und du Paty das Bordereau angefertigt hätten. Was den Vorgang im Elysee am 6. Januar anlange, so müsse er bestreiten, daß er damals aufgeregt gewesen sei wegen der Schritte, die Graf Münster bei Casimir Périer unternommen hatte. Bestreiten müsse er auch, daß Henry sich zur Anfertigung der Fälschungen des geheimen Dossiers Paty de Clams bedient habe. Mitglieder des Kriegsgerichts stellen an General Gonse die Frage, ob Dreyfus jemals während 24 Stunden die Schriftstücke betr. Deckungstruppen in Händen gehabt habe. Gonse erwidert, hierüber keine Auskunft geben zu können. Weiter wird gefragt, ob er Kenntniß davon erlangt habe, daß die im Bordereau erwähnten Schriftstücke in die Hände einer auswärtigen Macht gelangt seien, erwidert Gonse, es sei dies angekündigt worden. Gonse bestreitet alsdann die von Bertulus angeführte tragische Szene mit Henry. Er giebt zu, daß Henry, als dieser ihm das falsche Schriftstück einhändigte, in ihn drang, es nur nicht Picquart auszuliefern. Auf die Frage Demange's antwortete Gonse, er habe Picquart angewiesen, bei der Untersuchung gegen Esterhazy von der Unterschrift des Bordereaus abzusehen. Als der Vorsitzende Dreyfus das Wort ertheilt, etwas zu sagen, wenn er etwas zu sagen habe, schildert Dreyfus, wie schwierig es sei, in das Bureau des Ministeriums zu gelangen. Es findet alsdann noch eine scharfe Auseinandersetzung zwischen Picquart und Gonse und Picquart und Billot statt, worauf um 11 Uhr 45 Minuten die Sitzung geschlossen und auf Montag vertagt wird.

* * *

Labori war am Sonnabend fieberfrei und konnte im Garten sitzen.

Der als angeblicher Attentäter verhaftete Gloro ist in Haft behalten worden, obwohl Oberst Picquart und sein Schwager Gast sowie mehrere andere Zeugen, welche den Thäter gesehen haben, mit Bestimmtheit erklären, daß der Verhaftete nicht der Mann sei, den sie verfolgt haben. Da der Thäter also noch nicht gefaßt ist, wird zur Beruhigung mitgetheilt: Das Signalement des Thäters ist in mehreren Tausend Exemplaren vervielfältigt worden und wird überallhin verbreitet werden, um die Nachforschungen zu erleichtern.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Unsicherheit der Zustände in Oesterreich erhellt am besten dadurch, daß die Regierung nicht einmal mehr der Kriegervereine sicher ist. In Salzburg wurde den Kriegervereinen die Abhaltung eines Festes untersagt, noch dazu eines Kaiserfestes am Geburtstag des Kaisers Franz Josef. Ebenso wurde am Geburtstag des Kaisers in Asch in Böhmen am Vorabend des Geburtstags des Kaisers der Zapfenstreich abgesagt.

Frankreich.

Der Sozialisten-Kongreß in Epernay hat den Eintritt Millerands in das Ministerium gutgeheißen.

Die Feste Guerin befindet sich doch noch im Belagerungszustand. Eine offiziöse Note der französischen Regierung in der „Agence Havas“ betont: die Regierung habe jede Lösung der Frage, die darin bestände, das Haus in der Rue Chabrol zu stürmen oder sich der Person des Angeschuldigten mit Gewalt zu bemächtigen, von vornherein von der Hand gewiesen und die Erwägungen der Humanität höher als andere gestellt. In Folge dessen würden auch alle Maßregeln, die getroffen seien, um Guerin an jedem Verkehr mit der Außenwelt zu verhindern, so lange es sich als nothwendig erweise, aufrecht erhalten bleiben. Jede Zusammenrottung werde verhindert bezw. zerstreut werden.

In der Rue Chabrol ist die Lage unverändert. Am Sonnabend Vormittag waren die Absperrungen aufgehoben. Von mittags ab ergingen jedoch sehr strenge Befehle. Die Einschließung des Hauses, in welchem sich Guerin verschanzt hat, wird auf's schärfste durchgeführt. Die Rue Chabrol ist völlig abgesperrt.

Der Anarchist Sebastian Faure hat am Sonnabend Abend einen Aufruf vertheilen lassen, worin er die Sozialisten auffordert, den Kampf zur Vertheidigung der Republik zu beginnen, und die Soldaten, fahnenflüchtig zu werden. Der Aufruf hat in den alten revolutionären Stadtvierteln von Paris ungeheuere Aufregung hervorgerufen. Die Sozialisten haben beschlossen, sich auf dem Republik-Platz zu versammeln; man ist daher auf sehr ernste Dinge gefaßt. Die Regierung hat die umfassensten Maßregeln getroffen. Alle Pariser Truppen sind konsigniert.

Serbien.

Das Standgericht wird am 24. August die Verhandlung gegen die des Anschlags auf König Milan und des Hochverrats Beschuldigten beginnen.

Südafrika.

Die Times meldet aus Johannesburg vom 16. ds.: „Es ist bekannt geworden, daß der Grund für die Verzögerung der Antwort Transvaals auf den Vorschlag einer Untersuchung darin besteht, daß ein Plan zur Erwägung steht, der nach Ansicht der Regierung eine Untersuchung unnöthig machen würde. Wie verlautet, besteht die Grundlage des neuen Vorschlags in der Ertheilung des Wahlrechts nach fünfjährigem Aufenthalt, scheinbar frei von lästigen Förmlichkeiten, mit einer Neueintheilung der Wahlbezirke, die die Goldfelder instand setzen würde, Mitglieder zu erwählen, die den vierten Theil des Volksraads ausmachen würden. Die andern Bedingungen sind noch unbekannt. In Kreisen der Ausländer werden die Bewilligungen mit dem größten Verdacht angesehen. Die wesentlichen Punkte der Anerkennung der Zweisprachigkeit und der wirthschaftlichen Reform sind nicht darin erwähnt, und man glaubt, der wirkliche Beweggrund sei der, die Sympathie Europas zu erwecken und auf diese Weise einen Kampf abzuwenden.“

Wie das „Reuter'sche Bureau“ erfährt, wird nach den gegenwärtigen Bestimmungen die für den Fall des Ausbruchs von Feindseligkeiten in Süd-Afrika zu verwendende Streitmacht bestehen aus 21 Bataillonen Infanterie, 6 Regimentern Kavallerie, 4 reitenden und 6 Feldbatterien und drei Ingenieurkompagnien, im Ganzen etwa 32 000 Mann.

Der „Standard“ meldet aus Johannesburg vom 18. d. M., die Regierung von Transvaal habe ihrem Vertreter in Europa Leyds Auftrag gegeben, sich alsbald nach Lissabon zu begeben und die Erlaubnis zur Ausschiffung von Munition zu verlangen entsprechend dem Artikel 6 der Konvention mit Portugal.

Nordamerika.

Für die Philippinen hat Präsident Mac Kinley die Rekrutirung von zehn neuen Freiwilligen-Regimentern angeordnet.

Provinzielles.

r **Neumark**, 19. August. Der gestrige Sturm hat in den der Doldenreife und Pflück entgegensehenden Hopfenanlagen des Gutsbesitzers Herrn Dembeck in Marienhof große Verheerungen angerichtet. Etwa der dritte Theil der ungefähr 50 000 Hopfenstangen, also ungefähr 16 000 Stück sind umgebrochen und mit dem in der Reifeentwickelung befindlichen Doldenansatz zu Boden geschlagen. Ein Bild der Verwüstung in den herrlich entwickelten Hopfenplantagen. Auch die Dolden vieler der dichtbelaubten, stehengebliebenen Stangen sind durch die zu Fall gebrachten Pflanzen arg beschädigt worden. Das Aufrichten der umgebrochenen Stangen wird 2—3 Wochen in Anspruch nehmen, wodurch die Ausbildung der noch nicht ausgereiften Dolden nicht allein sehr beeinträchtigt wird, sondern letztere bei weiter anhaltendem Regen ganz nutzlos werden. Jedenfalls ist der Schaden, den dieser Sturm in den Hopfenanlagen zu Marienhof angerichtet hat, nach Tausenden von Mark zu bemessen.

Riesenburg, 18. August. Ein teures Glas Bier trank der Zieglermeister Johann Hinz von Abbau Riesenburg am 20. Mai im Gasthause zum Schwan, vor dem er seinen mit einem jungen Pferde bespannten Wagen stehen ließ. Kaum hatte er das Lokal betreten, so ging das Pferd durch und beschädigte 11 Chausseebäume, wovon 5 eingegangen sind. Das Schöffengericht verurtheilte ihn zu 75 Mk. Geldstrafe oder 5 Tagen Haft wegen Uebertretung des § 19 der zusätzlichen Bestimmungen zum Chausseegeld-Tarif.

Aus dem Kreise Schwetz, 18. August. Der in der Mühle Koslowo beschäftigte Arbeiter Romanowski wurde auf dem Heimwege von drei Männern, die er nicht erkennen konnte, angefallen, durch einen Schlag sofort betäubt und mit Knütteln und Messern derartig mißhandelt, daß er schwer krank darniederliegt. Nach der That warfen die rohen Patrone den alten Mann die steile Mauer der benachbarten Ziegelei hinunter.

Tuchel, 17. August. Das hiesige Lehrerseminar beging heute die Feier des 25jährigen Bestehens. Die Feier begann in der Seminaraula, wo Seminardirektor Jablonski eine Messe las. Der Seminarchor trug mehrstimmige Lieder vor. Zur Hauptfeier hatten sich etwa 50 ehemalige Schüler des Seminars, sowie viele Bürger der Stadt eingefunden. Die Seminaristen trugen Lieder, Gedichte und Musikstücke vor. Seminardirektor Jablonski hielt die Festrede über die Eigenschaften des Lehrers und über die Wichtigkeit des Lehrerberufes. Die Anstalt ist am 17. August 1874 feierlich eröffnet worden. In den 25 Jahren sind im Ganzen 768 Zöglinge zum Lehrerberuf in der Anstalt ausgebildet worden.

Schlochau, 18. August. Durch einen Sturz vom Pferde ums Leben gekommen ist gestern der Gutsverwalter Frhr. v. d. Goltz auf Gotzkow, Sohn des Rittergutsbesitzers Frhrn. v. d. Goltz auf Pagdanzig. Der junge Baron war mit einem Freunde auf dem Heimwege von Hammerstein begriffen, als plötzlich das Pferd durchging und den Reiter abwarf. Der Sturz erfolgte so unglücklich, daß Herr v. d. G. das Genick brach und auf der Stelle starb.

Danzig, 19. August. Der Minister für geistliche, Unterrichts- 2c. Angelegenheiten hat genehmigt, daß zwölf der hiesigen älteren Hauptlehrer, welche seiner Zeit die Mittelschullehrer- und die Rektoren-Prüfung nicht abgelegt haben, unter Entbindung von dieser Prüfung als Rektoren angestellt werden dürfen.

Marienburg, 18. August. In der heutigen Stadtverordnetensitzung wurde mitgetheilt, daß der Brandschaden am Rathhause auf 11 391 M. festgestellt und auch bereits von der Versicherung bezahlt worden ist. Vorläufig wird ein Nothdach für 600 M. hergestellt und es wird dann später Herr Baurath Steinbrecht ein Projekt für ein angemessenes, dem Rathhause entsprechendes Dach und Thurm entwerfen, wozu eine Beihilfe vom Staat erbeten werden soll. — Mit donnerartigem Gepolter stürzte heute die beim Brande stehen gebliebene vordere Mauer des Monathschen Hauses ein. Das Kellergewölbe wurde durchschlagen und der auf dem Markte davor befindliche Brunnen verschüttet. Gegen 10 Uhr stürzte auch ein Giebel des Jaruslawskischen Gebäudes nach der Speichergasse zu ein. Ebenso wanken die kolossalen Mauern der Heydenreichschen Apotheke bedenklich. — Verkauft haben: Kaufmann Siegmer, Welscher Garten, seine Besitzung an Kaufmann Melzer für 46 000 M., die Bensemerschen Erben die Brandstelle des Bethauses an Kaufmann Konitzer-Marienwerder für 14 000 M., Frau Breul (Radtke) ihre Brandstelle an Zimmermeister Schulz-Praust.

Pillkallen, 17. August. Am vergangenen Sonnabend gerieth das etwa 3000 Morgen große Moorbruch zwischen Schirwindt, Doristhal, Pawidlauken und Baltroschen in Brand. Das Feuer verbreitete sich in dem ausgetrockneten Erdreich, dem dürren Gestrüpp und Heidekraut mit riesiger Schnelligkeit. Die angestrengten Löscharbeiten hatten keinen Erfolg. Die bedeutenden Torfvorräthe, ca. 30 Morgen des Schirwindter Stadtwaldes, sowie ein Gehöft sind ein Raub der Flammen geworden. Auf eine Depesche erschienen 30 Mann des Füsilier - Regiments Nr. 33 aus Gumbinnen zur Hilfeleistung auf der Brandstelle und gestern Abend folgte noch eine Abtheilung. Der Brand soll in böswilliger Absicht angelegt worden sein.

Berent, 18. August. Auf dem Gute Gorra hiesigen Kreises sind dieser Tage zwei Stück Rindvieh von einem tollen Hunde gebissen. Da sich bei den Thieren auch alsbald Tollwuthverdacht einstellte, wurden sie geschlachtet, um weitere Unfälle zu verhüten. Von den mit dem Schlachten der Thiere beauftragten Personen haben drei Verletzungen davon getragen; sie sind vorsichtshalber nach Berlin geschickt worden, um dort in dem Institut für Infektionskrankheiten beobachtet und behandelt zu werden.

Rominter Heide, 18. August. Die von Kaiser Nikolaus unserem Kaiser vor einigen Jahren geschenkten und in die Heide gesetzten Wildschweine haben sich sehr vermehrt und richten beim Austritt auf den Kartoffelfeldern vielfach Schaden an. Die gänzliche Ausrottung dieses Schwarzwildes ist daher beschlossen.

Inowrazlaw, 18. August. Der wegen Verdachts des Raubmordes inhaftirte Franzose Le Blanc behauptet nun, Felix Blume zu heißen, aus Königsberg zu stammen und Schlosser zu sein. Diese Aenderung nahm er vor, als er vom Untersuchungsrichter darauf hingewiesen wurde, daß es event. seinen Kopf kosten könne. Er wurde photographirt und sein Bild nach verschiedenen Städten zur Feststellung seiner Persönlichkeit gesandt.

Lokales.

Thorn, den 21. August 1899.

— **Vom Schießplatz.** Zur Besichtigung der Fußartillerie - Regimenter von Dieskau und Nr. 5 ist gestern der General - Inspekteur der Fußartillerie, General der Artillerie Edler von der Planitz aus Berlin in Begleitung des Obersten Deines, Chefs des Stabes der General-Inspektion, im Barackenlager eingetroffen.

— **Personalien beim Militär.** Homann, Hauptmann und Komp.-Chef im Inf. Regt. Graf Tauentzien von Wittenberg (3. Brandenburg.) Nr. 20, unter Versetzung zum Inf. Regt. Nr. 176 zum überzähligen Major befördert. Versetzt sind: Fluhme, Oberlt. à la suite des Fußart. Regts. Nr. 11 und Direktionsassist. bei der Geschoßfabrik, in gleicher Eigenschaft zum Feuerwerkslaboratorium in Spandau, Frhr. Göler von Ravensburg, Lt. im Inf. Regt. von der Marwitz (8. Pomm.) Nr. 61, in das Inf. Regt. Nr. 173. v. Schmidt, Oberlt. im Ulan. Regt. von Schmidt (1. Pomm.) Nr. 4 von dem Kommando als Inspektions-Offizier an der Kriegsschule in Neisse entbunden. Martens, Oberlt. im Inf. Regt. von Borcke (4. Pomm.) Nr. 21 mit Ende September von dem Kommando bei der Unteroff. Schule in Potsdam entbunden. Witte, Lt. im Inf. Regt. von der Marwitz (8. Pomm.) Nr. 61 mit Ende September von dem Kommando bei der Unteroff. Schule in Marienwerder entbunden. Zu Lts. sind befördert die Fähnriche Webel und Andree im Inf. Regt. von Borcke (4. Pomm.) Nr. 21, Lascek im Inf. Rgt. von der Marwitz (8. Pomm.) Nr 61, Nelius, Lilienthal, Eckert und Schultz im Inf. Regt. Nr. 176, Becker im Ulan. Regt. von Schmidt (1. Pomm.) Nr. 4. Köhler im Fußart. Regt. Nr. 11, Voigt im Fußart. Regt. Nr. 15, Koehler und Rotten im Pomm. Pion. Bat. Nr. 2. — Siedle, Lt. im Inf. Regt. Nr. 176, der Abschied bewilligt.

— **Personalien bei der Justizverwaltung.** Der Referendar Kurt Bruns in Riesenburg ist in den Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt a. M. übernommen. Dem Referendar Hellwig in Danzig ist die beantragte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt worden.

— **Personalien bei der Post.** Ernannt sind zu Postassistenten die Postgehilfen Hopp in Thorn, Sehnert in Neumark, Wittke in Schwetz, Knopf, Smend und Streit in Danzig. Versetzt sind: der Postpraktikant Tapfer von Pr. Stargard nach Danzig, die Postassistenten Bieber von Berent nach Klukowahutta, Kaminski von Danzig nach Neufahrwasser, Kareß von Czerwinsk nach Rosenberg, Krefft von Graudenz nach Danzig, Nassadowski von Gollub nach Mocker, Reuschoff von Danzig nach Lusin, Reineck von Neumark nach Damerau (Kreis Culm), Wiegand von Danzig nach Gr. Liniewo, Wolff von Danzig nach Neufahrwasser, Gabriel von Altmünsterberg nach Neufahrwasser, Wierschkowski von Thorn nach Culm, Brock von Marienwerder nach Berent.

— **Neue Telegraphen-Hilfstelle.** Am 22. August wird in Boguschau, Kreis Graudenz, eine Telegraphen-Hilfstelle, verbunden mit öffentlicher Sprechstelle und Unfallmeldedienst, eröffnet. Von demselben Tage ab werden die öffentlichen Sprechstellen bei den Telegraphenanstalten in Boguschau, Melno und Okonin zum Sprechverkehr mit den Theilnehmern an den Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Bromberg, Culm, Graudenz, Strasburg (Westpr.) und Thorn, sowie mit den öffentlichen Sprechstellen bei den Telegraphenanstalten in Graudenz 2 (Bahnhof), Jablonowo (Westpr) und Szczuka zugelassen.

— **Die Eisenbahn-Betriebsinspektion Allenstein IV** soll aufgelöst und eine neue Betriebsinspektion in Heilsberg eingerichtet werden.

— **Parzellirung.** Das Gut Birglau wird von Dr. Wolszlegier und dem prakt. Arzt Dr. Jaworowicz, Vorstandsmitgliedern der „Spólka Ziemska" parzelliert.

— **Stempelsteuer.** Obwohl das neue Stempelsteuergesetz, von welchem man die Beseitigung der vielen Unklarheiten der bisherigen Stempelsteuer-Bestimmungen erhofft hatte, nunmehr schon mehrere Jahre in Kraft ist, bestehen doch noch immer viele Zweifel über die richtige Auslegung der jetzt geltenden Stempelsteuer-Vorschriften. Besondere Schwierigkeiten machen in dieser Beziehung die ortspolizeilichen Beglaubigungen und Bescheinigungen. Jetzt hat der Finanzminister entschieden, daß ortspolizeiliche Bescheinigungen, über die Identität von Personen, über die Kinderlosigkeit einer Ehe, über die Abwesenheit bezw. Verschollenheit von Personen, über den rechtlichen Charakter einer Straße usw. dem Stempel von 1,50 M. unterliegen, sofern nicht zur Ausstellung der betreffenden Bescheinigungen besondere Behörden oder Beamte durch Gesetz oder sonstige allgemeine rechtsgiltige Verordnungen ausdrücklich und ausschließlich für zuständig erklärt worden sind.

— **Die Kommission für den Bau eines neuen Kreishauses** hat in ihrer Sitzung am Sonnabend beschlossen, das Kreishaus auf dem von der Stadt angebotenen Terrain beim „Thorner Hof" zu errichten und zwar nach dem Entwurfe des Kgl. Regierungsbaumeisters Hartung-Charlottenburg, an welchem einige unwesentliche Aenderungen vorgenommen wurden. Der Baumeister soll aufgefordert werden, die Zeichnungen so bald als möglich anzufertigen. Die Ausschachtung und Fundamentirung des Baues soll noch in diesem Herbst durchgeführt und daher sollen die betr. Arbeiten schleunigst an den Mindestfordernden vergeben werden.

— **Sonntagsjagen.** Das Kammergericht hat eine Polizeiverfügung, die Treibjagden an Sonn- und Feiertagen unbedingt und sonstiges Jagen während der Zeit des Hauptgottesdienstes untersagt, für giltig erklärt unter der Voraussetzung, daß unter sonstigem Jagen nur das Jagen zu verstehen sei, das geeignet sei, eine Störung der Sonntagsfeier herbeizuführen und religiöse Gefühle zu verletzen.

— **Nachtschießen.** Auf dem hiesigen Fußartillerie - Schießplatz wird heute ein Nachtschießen abgehalten werden, welches um 12 Uhr beginnen soll.

— **Die Bespannungs-Abtheilungen** des 6. und 17. Armeekorps sind wieder im Barackenlager des Schießplatzes eingetroffen, verbleiben dortselbst bis zum 31. d. M. und rücken an diesem Tage von hier nach Graudenz ab.

— **Schon wieder ein Unglück durch Zünder!** Auf dem Ausbau Podgorz sammelt ein Mann, der seinen Beruf vernachlässigt, Blindgänger, dreht die Zünder heraus, zerschlägt die Bomben und verkauft sie. Die Zünder wurden in einen Topf gelegt und vergraben; sein Sohn war dabei Helfer. Polnische Knaben waren bei dem Vergraben Zuschauer; als Lohn für ihre Verschwiegenheit erhielt Sakszewski einen, Przybilski ein paar Zünder. Ersterer verwahrte den seinen im Bette; letzterer klopfte zu Hause im Hofe mit einem Hammer oder Stein darauf, wobei er durch die Explosion der Ladung schwer verletzt wurde. Im Krankenhause ist der 10jährige Junge der Verletzung erlegen.

— **Der Brandstifter**, welcher die Stallungen und Scheune des Molkerei-Besitzers Rathke vergangene Woche in Brand setzte, ist in der Person des Arbeiters Karl Schill von der Polizei ermittelt und in Haft gebracht worden. Er hat bereits ein Geständniß abgelegt, daß er die That aus Rache begangen, weil er auf sein Verlangen nicht entlassen worden war.

— **Gefunden** ein Regenschirm im Straßenbahnwagen.

— **Verhaftet** wurden 9 Personen.

— **Temperatur** um 8 Uhr Morgens: 15 Grad Wärme, Barometerstand 27 Zoll 10 Strich.

h **Mocker**, 21. August. Auf Anordnung des Handelsministers ist der Lehrer Wagner von hier zur Ausbildung im Zeichnen zu dem Zeichenkursus in Elbing einberufen worden. — Feuer entstand am Freitag Abend gegen 11 Uhr in dem Hause des Besitzers Jacob Büchle, Thornerstraße 52. Bei dem herrschenden Winde stand bald das ganze Haus in Flammen, und es gelang unserer Pflichtfeuerwehr erst nach angestrengter Thätigkeit, am Morgen die Nachbarhäuser zu retten. Das Gebäude war bei der Versicherungs-Anstalt Nord-Britisch-Mercantile mit 6000 Mark versichert.

w **Culmsee**, 20. August. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurden zur Anschaffung einer Uhr am neuen Rathhausgebäude 800 Mk. bewilligt. Mindestfordernder war Uhrmacher Strzyzewski. — Als Polizeikommissarius ist Feldwebel Pehlow vom 11. Fußart.-Regiment Thorn gewählt worden. Derselbe tritt seinen Dienst am 15. September cr. an. — Der Männergesang-Verein unternimmt nächsten Sonntag einen Ausflug nach Lulkau.

Kleine Chronik.

* **Einer Amerika-Fahrt** wäre der Kaiser nach seinem eigenen Zugeständniß gar nicht abgeneigt, allerdings steht die Verwirklichung dieses Projekts noch in weiter Ferne; denn erst sollen die Ingenieure einen Dampfer bauen, welcher im Stande ist, in der Stunde — vierzig Seemeilen zurückzulegen, unter den jetzigen Verhältnissen falle es aber dem Kaiser sehr schwer, 5—6 Tage ohne jegliche Nachricht von Deutschland zu sein. — Diese Worte äußerte der Kaiser gelegentlich seiner diesjährigen Nordlandsreise in der Norwegischen Bucht während seines Besuches auf dem Hamburg-Amerikadampfer „Auguste Vicktoria" zu dem auf diesem Schiffe anwesenden amerikanischen Großindustriellen und früheren Generalpostmeister John Wanemaker, als dieser dem Kaiser gegenüber eine diesbezügliche Frage stellte.

* **Der erste Offizier der „Hohenzollern"**, Korvetten-Kapitän Peters, ist in Folge Blutvergiftung, die er sich bei einer Hühneraugenoperation zugezogen, lebensgefährlich erkrankt.

* **Von den in Sosnowice erkrankten Hochzeitsgästen** sind sieben gestorben. Die Aerzte nehmen eine Fischvergiftung durch Grünspan an. Die Fische wurden in einem nicht gehörig gereinigten Kupferkessel gekocht.

* **Schwere Typhuserkrankungen** sind in der Landgemeinde Zschöllau bei Oschatz aufgetreten. Trotz der Maßregeln der Behörden greift die Epidemie rapid um sich. Die Zahl der Erkrankten soll bereits 50 übersteigen. Amtliche Angaben liegen noch nicht vor. Man glaubt, daß die Seuche durch Besucher aus Löbtau eingeschleppt worden ist.

* **Ueber den Stand der Pest in Oporto** veröffentlichten die Behörden nunmehr amtliche Angaben; danach ist dieselbe am 4. d. M. ausgebrochen; seitdem sind 39 Erkrankungen und 13 Todesfälle vorgekommen. — Was die Sicherheitsmaßregeln anbetrifft, so laufen die Dampfer der „Hamburg-Südamerikanischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft" bis auf Weiteres portugiesische Häfen nicht an. Die dänische Regierung hat alle Herkünfte aus Portugal einer Quarantäne unterworfen. Ebenso hat in Hambung der nordamerikanische Generalkonsul eine vierzehntägige Quarantäne für portugiesische Auswanderer angeordnet. In Antwerpen werden die aus Portugal ankommenden Schiffe gleichfalls einer Quarantäne unterworfen. — In Bajadoz wurde am Donnerstag ein aus Portugal kommender Eisenbahnzug, in dem sich etwa 800 Portugiesen befanden, von der Behörde angehalten und nach Portugal zurückgewiesen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 20. August. Der Kaiser hat, wie der „Germ." zufolge in parlamentarischen Kreisen verlautet, die Nachricht hierher gelangen lassen, daß er mit Rücksicht auf die Verwickelung der innerpolitischen Lage seine Reise unterbrechen und heute nach Berlin zurückkehren werde.

Wien, 20. August. Die Aussagen des Kommandanten Cuignet im Prozeß Dreyfus haben in hiesigen diplomatischen und militärischen Kreisen großes Befremden hervorgerufen und sehr verbittert. Die vor dem Kriegsgericht mitgetheilten angeblichen Berichte des Obersten Schneider sind vollkommen im Widerspruch mit der thatsächlichen Berichterstattung des Obersten, weshalb nicht der mindeste Zweifel besteht, daß das Dokument eine Fälschung ist.

Paris, 21. August. Sozialistische Arbeiter unter der Führung Sebastian Faure's hatten mit den Anarchisten auf dem Boulevard Voltaire einen blutigen Zusammenstoß. Ein Polizeikommissar und eine Anzahl Polizisten wurden schwer verletzt; es wurden 40 Verhaftungen vorgenommen.

22. August				
	Sonnen-Aufgang	4 Uhr	56	Minuten.
	Sonnen-Untergang	7 „	8	„
	Mond-Aufgang	7 „	13	„
	Mond-Untergang	6 „	41	„

Tageslänge: 14 Stund. 12 Min., Nachtlänge: 9 Stund. 48 Min.

Verantwortlicher Redakteur:
Friedrich Kretschmer in Thorn.

Handels-Nachrichten.

Telegraphische Börsen-Depesche

Berlin, 21. August. Fonds befestigt.		19. Aug
Russische Banknoten	216,25	216,20
Warschau 8 Tage	215,80	215,80
Oesterr. Banknoten	169,90	169,85
Preuß. Konsols 3 pCt.	89,00	89,20
Preuß. Konsols $3\frac{1}{2}$ pCt.	99,50	99,70
Preuß. Konsols $3\frac{1}{2}$ pCt. abg.	99,10	99,30
Deutsche Reichsanl. 3 pCt.	89,00	89,20
Deutsche Reichsanl. $3\frac{1}{2}$ pCt.	99,10	99,70
Westpr. Pfdbrf. 3 pCt. neul. II.	86,00	85,50
do. „ $3\frac{1}{2}$ pCt. do.	96,20	96,10
Posener Pfandbriefe $3\frac{1}{2}$ pCt.	96,20	96,20
„ „ 4 pCt.	101,40	101,40
Poln. Pfandbriefe $4\frac{1}{2}$ pCt.	—	—
Türk. Anleihe C.	26,80	—
Italien. Rente 4 pCt.	92,75	93,10
Rumän. Rente v. 1894 4 pCt.	88,00	88,00
Diskonto-Komm.-Anth. exkl.	194,60	195,25
Harpener Bergw.-Akt.	196,25	196,00
Nordd. Kreditanstalt-Aktien	127,00	127,00
Thorn. Stadt-Anleihe $3\frac{1}{2}$ pCt.	—	—
Weizen: Loko Newyork Okt.	$78\frac{7}{8}$	$78\frac{1}{4}$
Spiritus: Loko m. 50 M. St.	—	—
„ „ „ 70 M. St.	43,80	43,60

Wechsel-Diskont 5 pCt., Lombard-Zinsfuß 6 pCt.

Spiritus-Depesche

v. Portatius und Grothe Königsberg, 21. August.
Unverändert.

Loco cont. 70er	44,50	Bf.,	43,70	Gd.	—,—	bez.
Aug.	44,00	„	43,40	„	—,—	„
Sep.	44,00	„	43,00	„	—,—	„

Amtliche Notirungen der Danziger Börse
vom 19. August.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Oelsaaten werden außer den notirten Preisen 2 M. per Tonne sogenannte Faktorei-Provision usancemäßig vom Käufer an den Verkäufer vergütet.

Weizen: inländisch hochbunt und weiß 788 Gr. 153 Mark.
inländisch bunt 777—791 Gr. 150 M.
inländisch roth 747—772 Gr. 147—149 M.
Roggen: inländ. grobkörnig 705—732 Gr. 137 M.
transito grobkörnig 705 Gr. 100 M.
Gerste: inländisch große 650—721 Gr. 134 M.
Alles per Tonne von 1000 Kilogramm.
Kleie per 50 Kilogr.: Weizen- 3,95—4,10 M. Roggen- 4,15—4,50 M.

Amtlicher Bericht der Bromberger Handelskammer
vom 19. August.

Weizen: 150—152 M.
Roggen: gesunde Qualität 130—132 M., feuchte abfallende Qualität unter Notiz.
Gerste: 116—120 M. — Braugerste 122—130 M.
Hafer: 122—130 M.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Knaben zeigen hocherfreut an

Simon Wiener
und Frau.

Bekanntmachung.

Die **Rathhausthurmuhr** wird in Folge Zerplatzens der Seilscheibe einige Tage **nicht schlagen**, jedoch wie bisher anzeigen.

Thorn, den 21. August 1899.

Der Magistrat

Zufolge Verfügung vom 19. August 1899 ist am selbigen Tage in unser Prokurenregister unter Nr. 150 eingetragen, daß die evangelische Brüder-Unität in Deutschland oder die deutsche Brüder-Unität (Brüdergemeine, Brüderkirche) zu **Berthelsdorf** bei **Herrnhut** als Inhaber der in **Thorn** unter der Firma:

„Stärkefabrik der deutschen Brüder-Unität"

bestehenden Handelsniederlassung (Nr. 1028 des Firmen-Registers) die Herren **Julius Schütze** und **Johannes Christoph**, beide zu **Glogau**, ermächtigt hat, die vorbezeichnete Firma gemeinschaftlich per procura zu zeichnen.

Thorn, den 19. August 1899.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Am Dienstag, den 22. d. Mts., Vormittags 11 Uhr

werde ich bei dem Kaufmann und Restaurateur **B. Anichowski** hier, Coppernicusstraße

1 gut erhaltenes Billard mit Zubehör

öffentlich zwangsweise versteigern.

Thorn, den 21. August 1899.

Hehse, Gerichtsvollzieher.

Den Gemeindemitgliedern machen wir bekannt, daß an den hohen Festtagen der Eintritt in das Frauenchor nur gegen Einlaßkarten gestattet ist. Diese Einlaßkarten sind in unserem Bureau zu haben.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Für Börsen- und Handelsberichte ꝛc., sowie den Anzeigentheil verantwortl.: E. Wendel-Thorn.

Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung, Ges. m. b. H., Thorn.

Hierzu eine Beilage.